

Mackscheidt, Klaus

Working Paper

Der Bundeshaushalt und seine Nebenhaushalte bis 2030 - Drangsal und Hilfe

FiFo Discussion Paper, No. 19-03

Provided in Cooperation with:

FiFo Institute for Public Economics, University of Cologne

Suggested Citation: Mackscheidt, Klaus (2019) : Der Bundeshaushalt und seine Nebenhaushalte bis 2030 - Drangsal und Hilfe, FiFo Discussion Paper, No. 19-03, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/208366>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

FiFo Discussion Paper No. 19-03

**Der Bundeshaushalt und seine Nebenhaushalte
bis 2030 – Drangsal und Hilfe**

Klaus Mackscheidt

2019

Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Der Bundeshaushalt und seine Nebenhaushalte bis 2030 – Drangsal und Hilfe

Klaus Mackscheidt^{*}

Die Finanzwissenschaftlichen Diskussionsbeiträge (FiFo Discussion Papers) sind eine Publikationsform für Forschungsergebnisse aus dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln. Zudem bietet die Reihe den eigenen Forscherinnen/n, den FiFo Policy Fellows sowie dem Institut nahestehenden Wissenschaftlerinnen/n ein Forum, eigene Beiträge zur finanzwissenschaftlichen und -politischen Diskussion vorzulegen. Diese Beiträge sind strikt personenbezogen; sie geben nicht zwingend die Ansichten der Leitung des Instituts oder die Ansichten der Organe der Gesellschaft zur Förderung der finanzwissenschaftlichen Forschung e.V. wieder.

Prof. em. Dr. Klaus Mackscheidt ist Direktor am Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln.



Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut
an der Universität zu Köln

FiFo Institute for Public Economics, University of Cologne

P.O. Box 130136; D-50495 Köln

Wörthstr. 26; D-50668 Köln

Tel. +49 221 13 97 51 0

Fax +49 221 13 97 51 11

<http://fif0-koeln.de>

1. Das Erwachen

Im Haushaltsjahr 2019 entsteht plötzlich in der Öffentlichkeit eine so bisher nie gekannte Besorgnis über die Zukunft unseres Planeten. Zum ersten Mal hören wir ganz allgemein die Botschaft, dass wir zurzeit die Ressourcen von 2 Planeten in der Größenordnung unserer Erde konsumtiv verbraucht haben. Das ist ein schlechter Umgang mit unserer Umwelt gewesen. Aber die Prognosen sind noch viel schlimmer als die schon schrecklich genug anzuhörende Diagnose. Denn wenn wir in der Nutzung der knappen Umweltgüter so fortfahren wie bisher, werden wir im Jahr 2050 den Konsumstandart von 6 Planeten im Rang unserer Erde erreicht haben. Das heißt also, wir übernutzen den natürlichen Reichtum unserer Erde schon jetzt und sind dabei, die Übernutzung zu beschleunigen. Aber neu ist, dass die eindringliche Warnung von einer Schülerbewegung, also der zukünftigen Generation kommt. Sie fordert die Einhaltung der Klimaziele und überlässt die Maßnahmen dazu der Wissenschaft und der Politik. Neu ist auch – jedenfalls in Deutschland –, dass die Regierung mit einem Klimapaket reagiert, das finanzielle Mittel von etwa 45 Mrd. Euro im ersten und vorläufigen Entwurf binden soll und im Zuge einer jährlichen Erfolgskontrolle nach oben offen sein soll.

Finanzpolitisch bedeutet es nun, dass Opfer an finanzieller Beweglichkeit zu erbringen sind. Hat der öffentliche Haushalt in den kommenden Jahren diese Beweglichkeit noch? Müssen neue Schulden aufgenommen werden und sollten dabei die geltenden Schuldenregeln aufgegeben werden? Genügen vielleicht die ungeplanten Steuermehreinnahmen, die wir in den vergangenen Jahren in angenehmer Weise zur Verfügung hatten oder sagt die Konjunkturprognose neuerdings, dass damit nicht mehr zu rechnen ist? Können wir zuletzt darauf vertrauen, dass wir bei anderen öffentlichen Gütern sinkende Ausgabenfelder vor uns haben, so dass uns die Transformation zu mehr Klimaschutzgütern gelingen wird? Man denke etwa an die Entwicklungshilfe oder die Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit oder den Bildungssektor – und hört sofort den scharfen Protest.

Und doch haben wir damit noch nicht alle Fragen gestellt. Man sieht, dass beinahe alles ins Auge gefasst werden muss und neu zu bewerten ist. Im System dieses ökonomischen und sozialen Gesamtgefüges ist die öffentliche Neuverschuldung und ihre zukünftige Entwicklung nur ein untergeordnetes Instrument der Finanzpolitik. Nach aller historischen Erfahrung spielt sie am Ende doch eine sehr große Rolle, weil sie es ist, die viel auffangen muss, wenn alle anderen Wege keine gute Quelle für eine Änderung des Haushaltsvolumens zugunsten der Klimaschutzpolitik sein werden. Den Begriff „öffentliche Schuld“ müssen wir bei unserer Erörterung im weiteren Sinn verstehen, denn der Expansion der im engeren Sinne „öffentlichen“ Schuld im Haushalt von Bund und Ländern sind durch die Schuldenbremse (Art 115 und 109) verfas-

sungsmäßige Grenzen gesetzt. Aber bei parafiskalischen Nebenhaushalten, die man befürworten kann und sollte, sind Kreditexpansionen möglich.

Wenn mal will, kann man bei dieser Gelegenheit auch über die Schuldenbremse diskutieren. Sie ist gar nicht so starr, wie manchmal befürchtet wird; denn für sich ankündigende Rezessionen sieht sie Ausnahmen vor und eine strukturelle Anpassung kennt sie auch. Gleichwohl ist richtig, dass sie hinderlich wäre, wenn man ein sehr großes Klimapaket direkt über den normalen öffentlichen Haushalt finanzieren wollte. Aber das muss man nicht.

Wir beginnen die nun folgende Analyse mit der Haushaltspolitik der neueren Finanzklassik, durchstreifen deren Schuldenpolitik und zeigen, wie modern sie in ihren Kernaussagen schon ist.

2. Der öffentliche Haushalt in der Finanzklassik

Im Jahr 1871 schrieb der berühmte Staatsmann Lorenz von Stein den viel zitierten Satz:

„Ein Staat ohne Staatsschulden thut entweder zu wenig für die Zukunft oder er belastet die Gegenwart zu hoch“.

In diesem komprimierten Satz sind mehrere Aussagen verborgen. Erstens kommt zum Ausdruck, dass der moderne Staat eine Zukunftsvorsorge betreiben solle, in dem er öffentliche Güter in seinem Haushalt anbietet, die den zukünftigen Generationen Nutzen stiften. Finanzierungstechnisch sollte er diese Zukunftsgüter aber nicht durch Steuern bezahlen – sonst würde die Gegenwart zu hoch belastet –, sondern durch die Aufnahme von öffentlichen Schulden.

Die zweite Aussage ist, dass öffentliche Schulden nicht negativ zu bewerten sind, sondern positiv; Schulden sind gleichsam der Ausdruck dafür, dass der Staat Zukunftsvorsorge betreibt. Allerdings wird dabei drittens unterstellt, dass der Staat nicht auf die Idee kommen darf, Gegenwartskonsum von öffentlichen Gütern durch Schuldenaufnahme zu finanzieren. Was diesen dritten Punkt angeht, würde Lorenz von Stein so konservativ sein wie seine altklassischen Vorläufer in der Staatsschuldentheorie. Diese hatten im 17. und auch noch im 18. Jahrhundert die Erfahrung gemacht, wie furchtbar sich die Staatsverschuldung auf das einfache Volk auf dem Land und in den kleineren Städten ausgewirkt hatte. Trotz dieser sorgfältigen Beobachtungen war ihre Sichtweise auf die Staatsverschuldung statisch geblieben und dem histori-

schen Rückblick verbunden, während Lorenz von Stein erstmals in die Zukunft blickte und erwog, welche Nutzen auf die zukünftige Generation zukommen würden. Er befürwortet die Produktion von Zukunftsgütern und befürwortet im gleichen Umfang und auf die gleiche Laufzeit die Weitergabe von Lasten an die zukünftige Generation. So entsteht seine Rechtfertigung einer dynamischen öffentlichen Schuld. Es geht nun nicht mehr um einen statischen Ausgleich des öffentlichen Haushalts, sondern um eine dynamische intergenerative Gerechtigkeit des öffentlichen Haushaltswesens. Damit ist Lorenz von Stein gleichsam ein Vorläufer der sehr viel später entdeckten intergenerativen Ökonomiebilanzen. Diese Bilanzen können genau beschreiben, welche Zukunftslasten und Zukunftsnutzen auf die uns nachfolgenden Generationen zukommen. Das Bild, das diese Bilanzen für Deutschland veranschaulicht, ist allerdings sehr negativ: eine in vielen Teilen vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur, heruntergewirtschaftete Schulgebäude samt ihres mangelhaft gewordenen Inventars, unterbesetztes Personal in öffentlichen Ämtern und vieles andere an Defiziten.

Man kann es auch mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausdrücken: Vorrang hatte in den letzten 10 – 20 Jahren der öffentliche Konsum, die öffentlichen Investitionen sind in Relation dazu Jahr für Jahr zurückgegangen. Wer ist schuld daran? Nach Meinung einiger Politiker ist es die schwarze Null gewesen. Sie hat die Regierung in einen unsinnigen Sparzwang getrieben. Dies ist die eine Hypothese, der neuerdings auch einige derjenigen Ökonomen zu folgen scheinen, die ehemals die Schuldenbremse für eine haushaltspolitische Novellierung erster Güte hielten. Die andere Hypothese lautet, dass nicht die schwarze Null die Ursache für die mangelnde Vorsorge an öffentlichen Gütern gewesen sei. Verursacher sei damals vielmehr die hohe Präferenz für Gegenwartsgüter gewesen, die die Bürger durch ihr Wahlverhalten und die Politiker in der Erfüllung der Wählerwünsche zum Ausdruck brachten.

3. Der öffentliche Haushalt in der Zukunft

Wohl alle stellen in diesem Jahr fest, dass der Haushalt nicht mehr so weiter gefahren werden kann wie bisher. Aber es sind nicht nur die Anforderungen einer zukünftigen Klimapolitik, bei der Deutschland einen nach außen wahrnehmbaren Beitrag leisten sollte, sondern noch weitere Zukunftsaufgaben, die vornehmlich den Bundeshaushalt bedrängen. Wir zählen auf.

1. Bekannt ist, dass es im Bereich Infrastruktur (Brücken), Bildung (Schulen), und Verkehr (Elektrifizierung) sowie Gebäudesanierung (Wärmedämmung) Mehrausgaben auch für die öffentliche Hand geben wird.

2. Der Bundeshaushalt muss zusätzlich in Rechnung stellen, dass der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung Jahr für Jahr steigen wird. Dies deshalb, weil es (nach aller Erfahrung der Vergangenheit) kaum gelingen wird, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, obwohl die Rentenbezugszeit zunimmt. Da zugleich zwei Markierungslinien politisch festgezogen sind – kein Beitragssatz über 20% und kein Absenken des relativen Rentenniveaus-, muss der Bundeszuschuss die Finanzierungslücke schließen. Hinzu kommt die Grundrente ab 35 Beitragsjahren.

3. Erst jüngst wird man darauf aufmerksam, wie schwierig die Finanzierungssituation in der Pflegeversicherung sein wird. Eigentlich funktioniert die Finanzierung bisher nur, weil das Verhältnis von Einzahlenden zu Empfangenden noch günstig war und weil die Pflege ausstattungsmäßig noch nicht von Anfang an auf hohem Niveau vorgesehen war. Man muss betonen, dass dieser Zweig der sozialen Sicherung im Vergleich zu seinen Geschwistern ein sehr junges Kind ist. Man musste erst mal Erfahrungen sammeln. Jetzt hat man sie und erfährt besorgt, dass man mit den Beiträgen, wenn sie erträglich für den beitragspflichtigen Bürger bleiben sollen, nicht auskommen wird. So denkt man im Kern schon jetzt über alternative Finanzierungsquellen nach. Da ist gewiss die Prognose erlaubt, dass es bald einen Bundeszuschuss zur Pflegeversicherung geben wird; schließlich ist uns Bürgern eine gute Pflege genauso wertvoll wie eine gute Rente.

4. Mit einem Seitenblick auf die Bundesländer stellen wir auch hier Finanzierungsdefizite fest; es ist der gewaltige Finanzierungsstau bei den öffentlichen Investitionen im Krankenhausbereich. So ist von den Ländern keine Hilfe an den Bund zu erwarten. Dies alles zusammen genommen entstehen Zukunftslasten für den Bundeshaushalt, die über das normale Maß hinausgehen. So bleibt zum Schluss der Ausweg: die Erhöhung der öffentlichen Schuld bzw. der Vermehrung des öffentlichen Kredits.

4. Ein Votum für den Parafiskus „Klimaschutzpaket“

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, ein Klimaschutzpaket zur Schonung der Umwelt zu verabschieden. Anders als die Umweltexperten und Naturschützer ist sie der Meinung, die Bevölkerung mit den zu erwartenden Lasten und daraus folgenden persönlichen Opfern möglichst schonend vertraut zu machen. Deshalb ist ein anfangs milde wirkender Plan vorgesehen, in dem später stufenweise stärker eingegriffen werden soll. Ein begleitendes Kontrollsystem soll garantieren, dass die Etappenziele erreicht werden. Wenn das Klimaschutzpaket wie vorgesehen umgesetzt werden soll, muss an erster Stelle geprüft werden, ob das Etappenziel erreicht wird und sekundär steht danach die Höhe der einzusetzenden Finanzierungsmittel

fest. Das ist eine outputorientierte Haushaltplanung! Im normalen öffentlichen Haushaltsplanungsverfahren gibt es hingegen charakteristischer Weise die inputorientierte Planung, d. h. dem Titelverwalter wird eine bestimmte Ausgabensumme zugewiesen und es ist nun seine Aufgabe, diese Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Allein dieser Umstand bedingt, dass ein Klimaschutzpaket nicht erfolgsversprechend im normalen Jahresbudget untergebracht werden kann.

Noch gewichtiger ist das Argument, dass die Maßnahmen des Klimaschutzpakets langfristiger Natur sind; denn jede dieser Maßnahmen ist auf den Vollzug in einem Pfad ausgerichtet, der nach Vorstellung der Bundesregierung mit mäßigen Opfern für die betroffenen Bürger beginnt, aber einen vorher bestimmten Steigerungsfaktor hat, der über die Kontrolle der immer noch nicht genügend erreichten Klimaschutzziele gleichsam von außen aufgenötigt wird. Das sind keine kurzfristigen Budgetkorrekturen, die wie alle anderen Haushaltspositionen im betroffenen Haushaltsjahr diskutiert und mit- einander abgewogen werden können, sondern Diktate, die die bedrohte Umwelt mit absolutem Vorrang durchsetzen muss. Das bedeutet aber auch, dass das Volumen des Klimaschutzpakets ex ante noch gar nicht feststehen kann; denn was an Finanzmitteln erforderlich ist, setzt nicht der Bundesfinanzminister bzw. die Bereitwilligkeit des Steuerzahlers fest, sondern der Sanierungsaufwand für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Eine derart einschneidende Zukunftsaufgabe hat es im normalen öffentlichen Budget noch nicht gegeben und deshalb passt das Klimaschutzpaket auch systematisch und vollzugstechnisch nicht in einen jährlich zu verabschiedenden öffentlichen Haushalt.

Wir plädieren deshalb für einen Parafiskus mit eigener Vollzugsgewalt und eigener Finanzhoheit. Es ist ein Sonderhaushalt, der dem Bundeshaushalt entrückt sein soll und seine eigene Vollzugsmaxime haben muss. Diese wird dann nicht vom Finanzministerium gemacht, sondern von den jährlichen Protokollen der immer noch zu stark geschädigten Umweltverletzungen vorgeschrieben.

5. Trotzdem: Ansiedlung des Parafiskus beim Bundeshaushalt

Wenn schwer zu beschaffende Steuererhöhungen oder alternative Ausgabekürzungen in anderen Politikfeldern zugunsten zunehmender Klimaschutzausgaben nicht erreichbar sind, bleibt zunächst als Finanzierungsinstrument nur noch die öffentliche Verschuldung. Da ist auch bei konservativen Ökonomen die Einsicht gewachsen, den zinsgünstigen Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen. Wenn selbst für 10-jährige Anleihen kein nennenswerter Zins zu zahlen ist, darf man seine Meinung über die Belastungsrisiken einer Kreditfinanzierung wohl ändern. Hinzu kommt die Beobachtung, dass sowohl die Konsumenten als auch die Unternehmer das Sparangebot über dem Niveau der Investitionsnachfrage halten, so dass auch makroökonomisch mit

weiterhin sinkenden Zinsen zu rechnen ist. Der einzige Geldmarktteilnehmer, der ausgleichen kann, ist der öffentliche Investitionsbedarf. Da trifft es sich eigentlich gut, dass wir ein Klimaschutzpaket mit öffentlichen Investitionen mit einem ganz besonderen Umfang vor uns haben. So besteht auch unter diesem Gesichtspunkt die Forderung nach einem kreditfinanzierten Klimaschutzpaket mit guten Gründen. Wir sollten dafür einen Parafiskus einrichten.

Seinem positiven Votum für eine Kreditfinanzierung würde der konservative Finanzpolitiker allerdings die Nebenbedingung hinzufügen, den Parafiskus „Klimaschutz“ möglichst nahe beim Bundeshaushalt anzusiedeln. Die Idee ist, dass dieser Kapitalmarktfonds dann auf jeden Fall die AAA Bewertung des Bundeshaushalts bekommt, was ihm, der ja auf große Dauer angelegt ist, eine beständige Sicherheitsbewertung garantiert. Institutionell kommt damit zum Ausdruck, dass der Klimaschutz eine hochrangige Bundesaufgabe ist und somit eine nahe haushaltspolitische Verbundenheit zum Bundeshaushalt besteht, auch wenn dieser Nebenhaushalt seine parafiskalische Selbstständigkeit bewahren muss, weil er seine Aufgaben und Ausgaben von den klimapolitischen Zielen aufgebürdet bekommt. Institutionell könnte als Vorbild der ehemalige Lastenausgleichsfonds dienen. Er verfolgte ja damals auch eine langfristige Aufgabe in selbständiger Regie.

Wir fassen zusammen: Der Bundeshaushalt kommt in den nächsten 10 Budgetjahren in große Bedrängnis, weil zusätzlich zu einem ohnehin hohen Investitionsbedarf drei soziale Nebenhaushalte sehr große Zuschussbedarfe fordern werden. Es sind dies die Rentenversicherung mit ihren anwachsenden Bundeszuschüssen, die Pflegeversicherung mit den nicht mehr ausreichenden Beiträgen zur Stillung des tatsächlichen Pflegebedarfs und die unerledigten Investitionen bei den Krankenhäusern, weshalb auch die Länderhaushalte erhöhte Bundesergänzungszuweisungen im vertikalen Finanzausgleich vom Bund fordern werden. Das sind alles zukünftige Lasten beim Bundeshaushalt; ein zusätzliches Klimaschutzpaket könnte er somit nicht auch noch verkraften. Der neue Parafiskus „Klimaschutzpaket“ dagegen entlastet ihn. So ist dieser Parafiskus eine Rettung aus der Not.

FiFo Discussion Papers / Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge

Eine Schriftenreihe des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln; ISSN 0945-490X.

Kostenloser Download: www.fifo-koeln.de. Discussions Papers can be downloaded free of charge from: www.fifo-koeln.de.

- 00-1 Thöne, M.: Ein Selbstbehalt im Länderfinanzausgleich?.
- 00-2 Braun, S., Kitterer, W.: Umwelt-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtswirkungen einer ökologischen Steuerreform: eine dynamische Simulationsanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Anpassungsprozesse im Übergang.
- 02-1 Kitterer, W.: Die Ausgestaltung der Mittelzuweisungen im Solidarpakt II.
- 05-1 Peichl, A.: Die Evaluation von Steuerreformen durch Simulationsmodelle.
- 05-2 Heilmann, S.: Abgaben- und Mengenlösungen im Klimaschutz: die Interaktion von europäischem Emissionshandel und deutscher Ökosteuer.
- 05-3 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Dokumentation FiFoSiM: Integriertes Steuer-Transfer-Mikrosimulations- und CGE-Modell.
- 06-1 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Führt Steuervereinfachung zu einer „gerechteren“ Einkommensverteilung? Eine empirische Analyse für Deutschland.
- 06-2 Bergs, C., Peichl, A.: Numerische Gleichgewichtsmodelle - Grundlagen und Anwendungsgebiete.
- 06-3 Thöne, M.: Eine neue Grundsteuer – Nur Anhängsel der Gemeindesteuerreform?
- 06-4 Mackscheidt, K.: Über die Leistungskurve und die Besoldungsentwicklung im Laufe des Lebens.
- 06-5 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Does tax simplification yield more equity and efficiency? An empirical analysis for Germany.
- 06-6 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Die Flat Tax: Wer gewinnt? Wer verliert? Eine empirische Analyse für Deutschland.
- 06-7 Kitterer, W., Finken, J.: Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte – eine empirische Analyse.
- 06-8 Bergs, C., Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Reformoptionen der Familienbesteuerung: Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotseffekte.
- 06-9 Ochmann, R., Peichl, A.: Measuring distributional effects of fiscal reforms.
- 06-10 Peichl, A., Schaefer, T.: Documentation FiFoSiM: Integrated tax benefit microsimulation and CGE model.
- 06-11 Peichl, A., Schaefer, T., Scheicher, C.: Measuring Richness and Poverty. A micro data application to Germany and the EU-15.
- 07-1 Fuest, C., Mitschke, J., Peichl, A., Schaefer, T.: Wider die Arbeitslosigkeit der beruflich Geringqualifizierten: Entwurf eines Kombilohn-Verfahrens für den Niedriglohnssektor.
- 07-2 Groneck, M. Plachta, R.: Eine natürliche Schuldenbremse im Finanzausgleich.
- 07-3 Kitterer, W.: Bundesstaatsreform und Zukunft der Finanzverfassung.
- 07-4 Brenneisen, F., Peichl, A.: Dokumentation des Wohlfahrtsmoduls von FiFoSiM.
- 07-5 Brenneisen, F., Peichl, A.: Empirische Wohlfahrtsmessung von Steuerreformen.
- 07-6 Fuest, C., Peichl, A., Schaefer, T.: Is a Flat Tax politically feasible in a grown-up Welfare State?
- 07-7 Groneck, M., Plachta, R.: Simulation der Schuldenbremse und der Schuldenschranke für die deutschen Bundesländer.
- 07-8 Becker, J., Fuest, C.: Tax Enforcement and Tax Havens under Formula Apportionment.
- 07-9 Fuest, C., Peichl, A.: Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis.
- 08-1 Thöne, M.: Laffer in Luxemburg: Tankverkehr und Steueraufkommen im Großherzogtum.
- 08-2 Fuest, C., Thöne, M.: Staatsverschuldung in Deutschland: Wende oder Anstieg ohne Ende?
- 08-3 Becker, J., Peichl, A., Rincke, J.: Politicians' outside earnings and electoral competition.
- 08-4 Paulus, A., Peichl, A.: Effects of flat tax reforms in Western Europe on equity and efficiency.
- 08-5 Peichl, A., Schaefer, T.: Wie progressiv ist Deutschland? Das Steuer- und Transfersystem im europäischen Vergleich.
- 08-6 Peichl, A., The benefits of linking CGE and Microsimulation Models - Evidence from a Flat Tax analysis.
- 08-7 Groneck, M.: A Golden Rule of Public Finance or a Fixed Deficit Regime? Growth and Welfare Effects of Budget Rules.
- 08-8 Plachta, R. C.: Fiscal Equalisation and the Soft Budget Constraint.
- 09-1 Mackscheidt, K.: Warum die Steuerzahler eine Steuervereinfachung verhindern.
- 09-2 Herold, K.: Intergovernmental Grants and Financial Autonomy under Asymmetric Information.
- 09-3 Finken, J.: Yardstick Competition in German Municipalities.
- 10-1 Mackscheidt, K., Banov, B.: Ausschluss und Zwang im Kollektiven.
- 12-1 Dobroschke, S.: Energieeffizienzpotenziale und staatlicher Lenkungsbedarf.
- 12-2 Mackscheidt, K.: Ein Szenario für 2017.
- 12-3 Brügelmann, R., Schaefer, T.: Der Einkommenssteuertarif verteilt stärker um als je zuvor. Eine Simulationsanalyse.
- 12-4 Thöne, M.: 18 Billion At One Blow. Evaluating Germany's Twenty Biggest Tax Expenditures.
- 12-5 Colombier, C.: Drivers of Health Care Expenditure: Does Baumol's Cost Disease Loom Large?
- 13-1 Mackscheidt, K.: Die gesetzliche Unfallversicherung im Systemvergleich.
- 14-1 Diekmann, L., Jung, A., Rauch, A.: Klimaschutz trotz knapper Kassen? Eine empirische Untersuchung zu Finanzierungsmodellen für Klimaschutzaktivitäten in Städten und Gemeinden.
- 15-1 Thöne, M.: Blockade beim deutschen Finanzausgleich – Ein Vorschlag zur Güte.
- 15-2 Braendle, T., Colombier, C.: What Drives Public Health Care Expenditure Growth? Evidence from Swiss Cantons, 1970-2012.
- 16-1 Mackscheidt, K.: Flüchtlingspolitik – Finanzierung durch Migrationssonderfonds und Erbschaftsteuer?
- 16-2 Mackscheidt, K.: Die schleichende Entstehung der Schuldenkrise in Südeuropa – und ihre Therapie.
- 16-3 Colombier, C.: Population Aging in Healthcare – A Minor Issue? Evidence from Switzerland.
- 16-4 Mackscheidt, K.: Der Weg in die Nullzinspolitik der EZB – Muss die Geldpolitik so bleiben, oder gibt es einen Ausweg?
- 17-1 Mackscheidt, K.: Zur Finanzierung einer Verlängerung der Bezüge bei der Arbeitslosenversicherung.
- 17-2 Mackscheidt, K.: Der Wandel in der Staatsschuldentheorie und die öffentlichen Schulden in Europa.

- 17-3 Bernard, R.: Political Fragmentation and Fiscal Policy: Evidence from German Municipalities
- 18-1 Funke, J., Koldert, B.: Kosten und Nutzen hausärztlicher Versorgungsmodelle
- 19-1 Jung, A., Koldert, B., Reuschel, S.: Interkommunale Schulkooperationen: Hemmnisse und Ansätze zu ihrer Bewältigung.
- 19-2 Jung, A., Koldert, B.: Mobilstationen im Stadt. Umland. Netzwerk – ein Versuch einer Begriffseinordnung.
- 19-3 Mackscheidt, K.: Der Bundeshaushalt und seine Nebenhaushalte bis 2030 – Drangsal und Hilfe